

# Im Zeitalter der Austerität



**Konturen des Krisen- und Gesellschaftsbewusstseins in Europa: der Fall Deutschland**

WISSEN



Transfer

wisstransfer.info

# Eigene Befragungsstudien



- ▶ 15 Gruppendiskussionen und 32 qualitative Interviews;  
122 Befragungspersonen (m/w) in 2010/2012 – **nicht repräsentativ**
- ▶ Vertrauensleute und Betriebsräte aus 45 verschiedenen  
Betrieben/Arbeitsstätten der Metall-, Elektro- Textilindustrie und soziale  
Dienstleistungen Krankenschwestern und ErzieherInnen
- ▶ unterste Ebene der Interessenvertreter

**Panel 1:**

**Das »bedrohte Paradies« –  
Kapitalismuskritik und Krisenbewusstsein**



# EU 2015: zwischen Unruhen und Befriedigung

## International Labour Organization: World of Work Report 2013

### Prognose:

- Anstieg der globalen Arbeitslosigkeit auf 208 Millionen in 2015; in 70% der Staaten liegt die Arbeitslosigkeit über dem Vorkrisenniveau von 2007
- Zunahme sozialer Ungleichheit und Spaltung insbesondere in der EU aufgrund massiver Einschnitte der Austeritätspolitik

**ILO These: Krise mit steigender Arbeitslosigkeit wirkt als Katalysator von »sozialen Unruhen«**

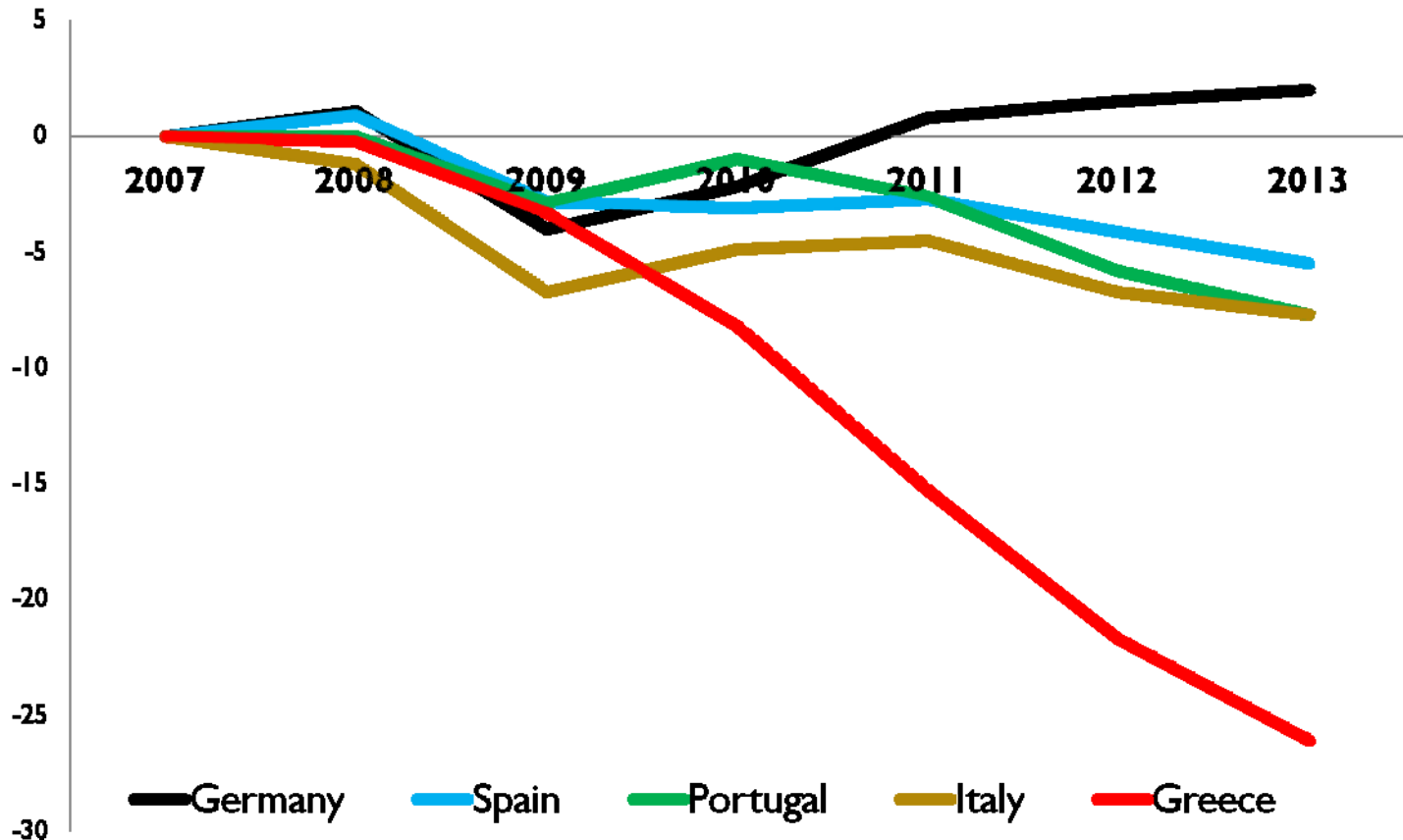
»Die verschlechterte Beschäftigungs- und Einkommenssituation hat die Risiken, dass es zu sozialen Unruhen kommt, anwachsen lassen.

Der ILO-Report zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit sozialer Unruhen in der EU heute zwölf Prozentpunkte [46 gegenüber 34%] über den Werten zu Beginn der globalen Krise liegt.

Die EU-27 ist eine Region mit einer signifikanten Zunahme der Gefahr sozialer Unruhen. Seit 2010 gilt dies insbesondere für Zypern, Tschechien, Griechenland, Italien, Portugal, Slowenien und Spanien. Demgegenüber sind die Risiken sozialer Unruhen in Belgien, Deutschland, Finnland, der Slowakei und Schweden gesunken« (ILO, 3.6.2013).

# Die »Große Krise« und die Spaltung Europas

Eurostat 2013



»...only Germany and the US have reached the pre-crisis peak in per capita GDP... Even by 2018 , projections do not show periphery Europe recovering to pre crisis levels... the crisis may in the end surpass in severity the depression of the 1930s in a large number of countries.«

(Carmen Reinhart/Kenneth Rogoff, draft AEA 2014)

# Deutschland: Zukunft als Drohkulisse

»Viele Wähler sind zwar stolz oder dankbar, dass Deutschland bislang der Krise trotzen konnte.

Dennoch herrscht ein **latentes Unbehagen** im Land. Deutschland wird als ein **bedrohtes Paradies** erlebt, in dem Werte wie Gerechtigkeit langsam erodieren.

Die Zukunft ist für die Wähler derzeit nicht mit verheißungsvollen Vorstellungen verbunden, sondern sie erscheint hauptsächlich als finstere Drohkulisse und Krisenszenario.

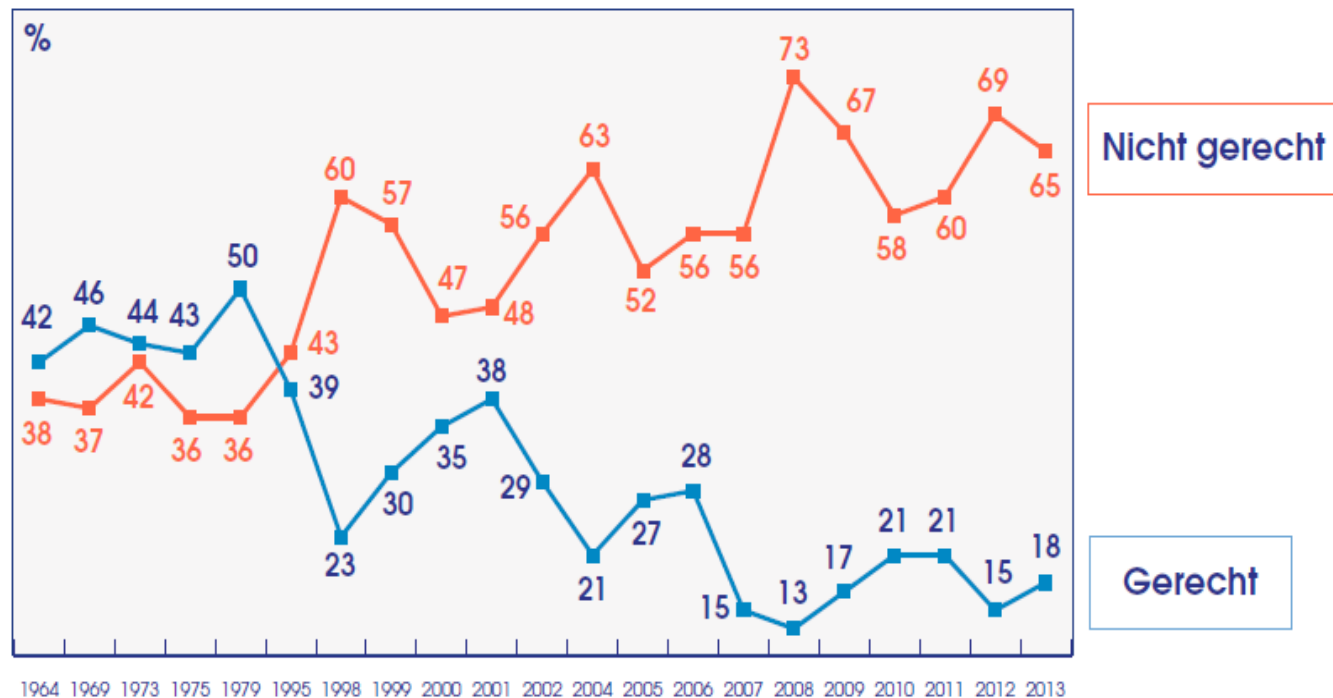
Das **Schreckgespenst der Krise lauert immer noch vor den Grenzen Deutschlands**. Es soll daher weiterhin so lange wie möglich gebannt und in Schach gehalten werden.«

(rheingold-Institut, 6.9.2013; repräsentative Befragung auf der Grundlage qualitativer Interviews)

# Trotz Aufschwung: soziale Ungerechtigkeit

## Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse gerecht?

Frage: "Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in Deutschland - ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen - im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?"



(Quelle: Institut für Demoskopie, repräsentative Befragung, 2013)

# Kritik der Finanzmärkte/Banken...

»In den letzten Jahren wurden die Finanzmärkte und mit ihnen die Banken im Bewusstsein der Bürger zu einem Synonym für einen Gefahrenherd...

Die Bürger schreiben den Banken vor allem hohe Gewinne zu, Kontrolldefizite, zu großen Einfluss, überhöhte Preise und überzogene Risikobereitschaft. 79% halten die Banken für schwer kontrollierbar, 69% schreiben ihnen »zu großen Einfluss« zu...

Bisher haben die Bürger wenig Zutrauen in die Selbstheilungskräfte der Branche. Nur 23% der Bürger sind überzeugt, dass die Banken aus der Krise der letzten Jahre gelernt haben...

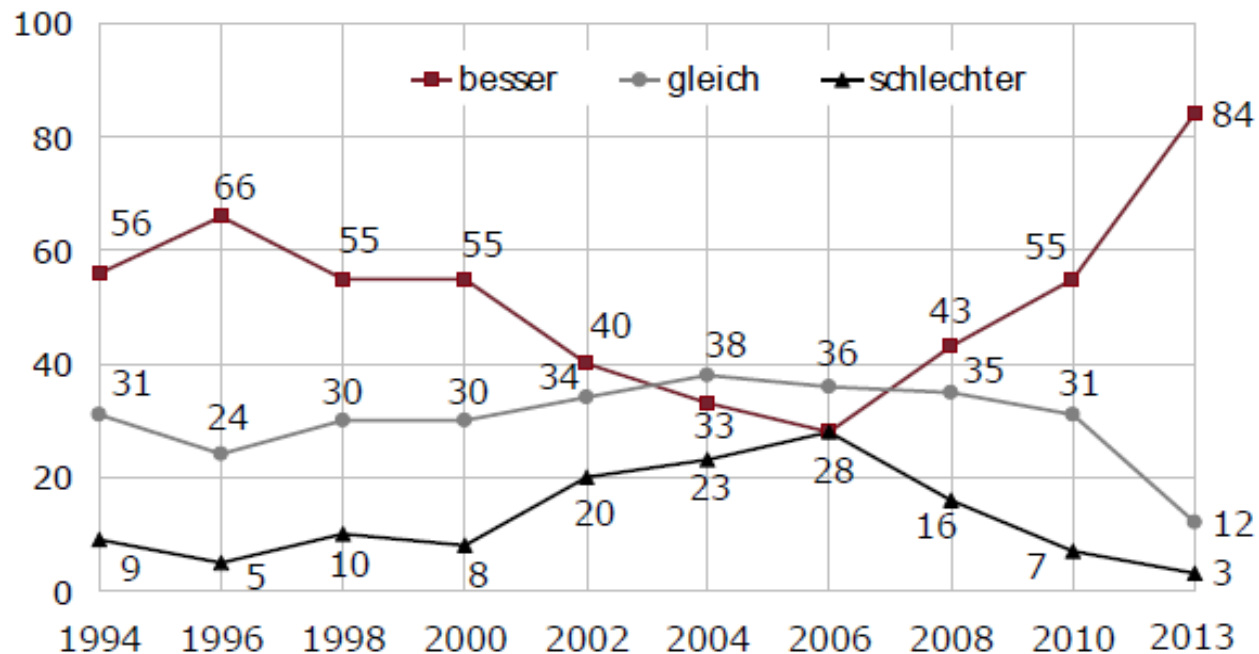
**In Bezug auf Banken ist die Neigung der Bevölkerung größer als in Bezug auf die Wirtschaft insgesamt, staatliche Kontrollen und Interventionen zu unterstützen.** Das gilt insbesondere für Maßnahmen, die unmittelbar das operative Geschäft der Banken betreffen, wie die Festlegung von Zielen, die **Investitionsplanung** oder auch die Überwachung der **Geschäftsstrategie**. «

(Institut für Demoskopie, repräsentative Befragung, 27.11.2013)



# »Schreckgespenst«: die vergleichende Dimension des Alltagsbewusstseins

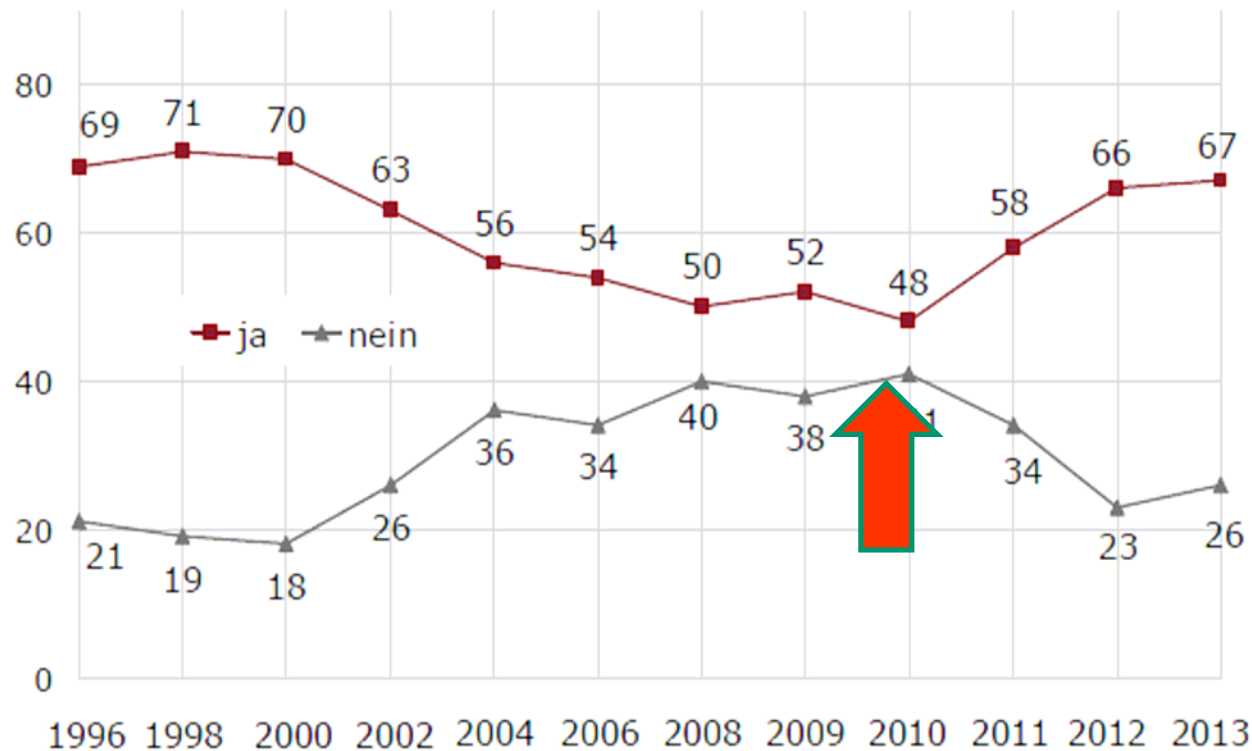
„Die wirtschaftliche Lage Deutschlands im Vergleich zu den westeuropäischen Nachbarn ist ...“



Quelle: Bankenverband Juli 2013, repräsentative Befragung

# 2010: Scheitelpunkt zurückkehrender Zuversicht?

„Die Soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt.“



(Quelle: Bankenverband Juli 2013, repräsentative Befragung)

# Dimensionen des Krisenbewusstseins

## 1. Die Krise gibt es nicht – keine generalisierte (ökonomische) Krisenwahrnehmung

*»herber Schlag«, »bei uns war nichts«, »machtpolitische Inszenierung«, »Krise war gestern«, »Krise kommt [über Europa] wieder zurück«*

## 2. Keine große Erzählung über die Große Krise

*»... viele Leute kamen auf einmal und sagten: Du bist doch unser Vertrauensmann, erzähl mal ... Was ist passiert? Warum bauen wir jetzt so wenig Getriebe? Was hat das mit uns zu tun, wenn die in Amerika ihre Häuser nicht mehr verkauft bekommen? ... Den Leuten hat einfach der Zusammenhang gefehlt.«*

## 3. Intransparenz des Finanzmarktkapitalismus (Mystifikationen)

*»Obligationen, CDEs oder CDAs, wie die Dinger heißen, das ist buntes Papier. Wenn ich da ein Streichholz dran hänge, ist es weg.«*

*»Dass du nur durch Spekulation, nur durch fiktive Sachen, ein gesundes Unternehmen kaputt machen kannst... es hat ja Jahre gegeben, wo Siemens mit der Spekulation mehr verdient hat wie mit der Produktion. Porsche ... die haben mehr Gewinn gemacht vom Umsatz. Völlig irrsinnig. Nur durch Spekulation.«*

**4. die ökonomischen Akteure gelten selbst als Räder im System – adressatenlose Kritik und Wut – Systemerfahrung ohne Verantwortlichkeit**

*»Irgendeiner setzt einen Banker dahin und sagt: So, Du machst jetzt spekulative Geschäfte und wiegst ab Kosten/Nutzen und puscht das hoch ... da ist es egal, ob Du der Oma ein feuchtes Loch verkauft hast als kleines Schloss ... das ist ja denen ihr Job«*

**5. Krise ist immer – arbeitsweltliche statt konjunkturelle Krisenwahrnehmung prägend. Hintergrund: Druck auf die Arbeitsbedingungen in Zeiten permanenter Reorganisation und Entgrenzungsprozesse hört nicht auf: beständige Restrukturierung der Abläufe im Betrieb, Outsourcing, neue Kostensenkungsprogramme, fortwährende Intensivierung der Arbeit**

**6. prägende Distinktion von »persönlichem« und »Klassenindividuum«**

*»Also ich denke, in fünf Jahren werde ich da nicht mehr tätig sein. Aber vielleicht bin ich in einem anderen Berufsfeld tätig. Vielleicht habe ich ein paar Hühner laufen und mache meine eigene Wirtschaft zu Hause «*

**These: In der Demoskopie macht sich das in einer zeitlich-räumlichen Unterscheidung geltend: keine aktuelle Krisenbetroffenheit – aber düstere Zukunftsperspektiven. Verflüchtigung der zentralen Legitimationsformel der Nachkriegsgeschichte: Meinem Kind soll es besser gehen!**

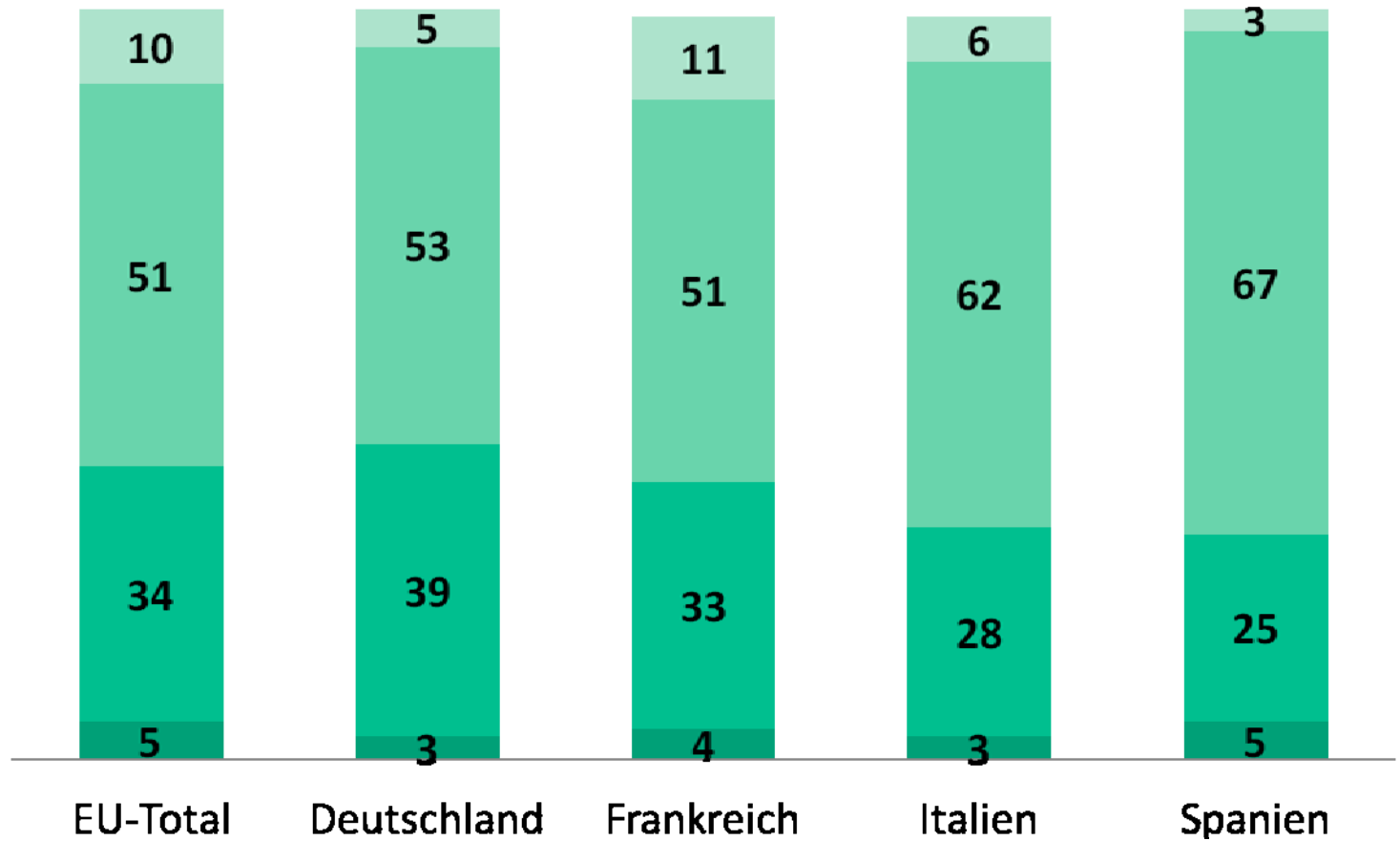
# Session 2:

## Alternativen im Zeitalter der Austerität?



# Glauben Sie, dass Austerität in Europa funktioniert?

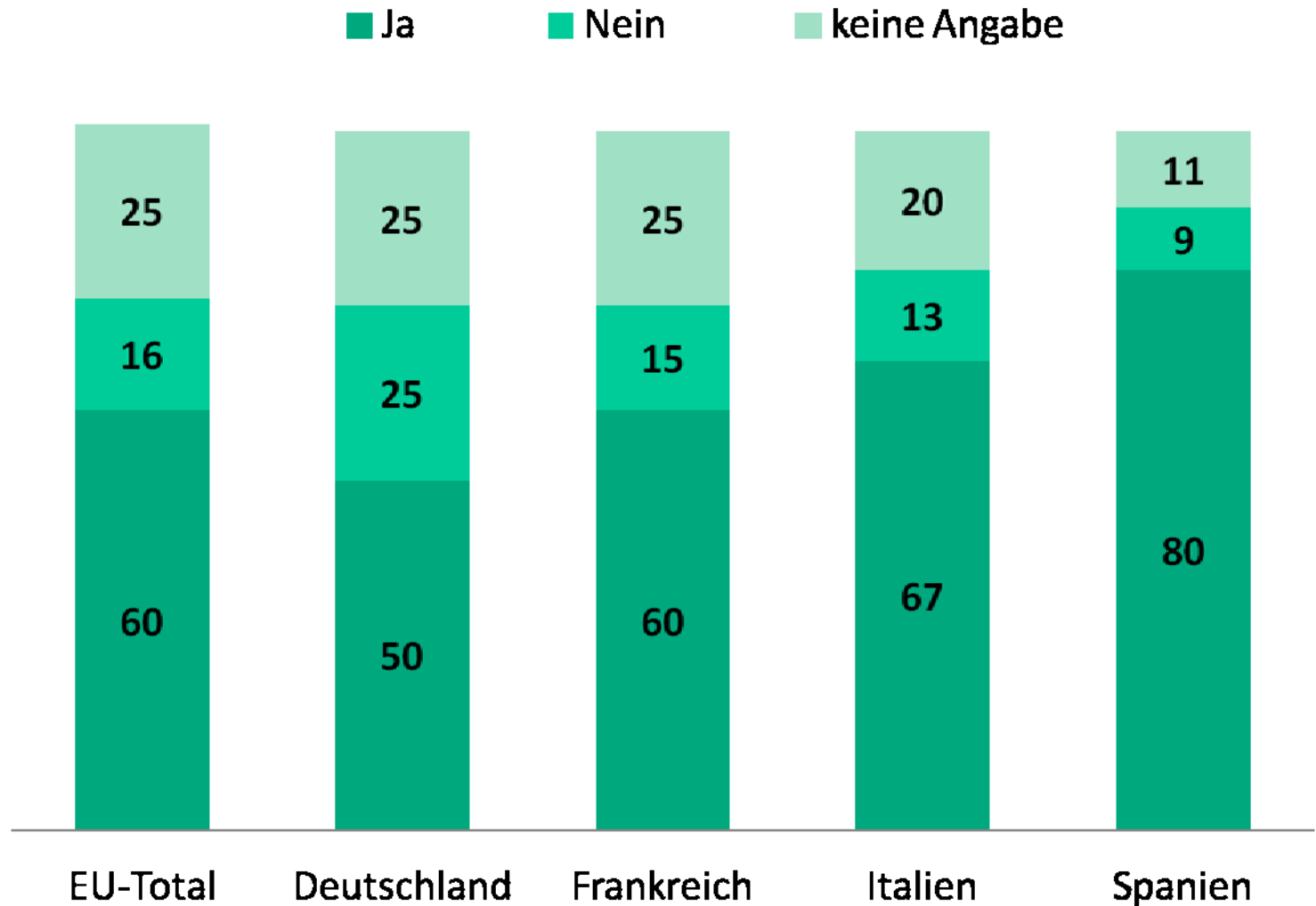
- funktioniert
- funktioniert, braucht aber Zeit
- funktioniert nicht
- keine Angabe



Quelle: Gallup 2013



# Glauben Sie, dass es bessere Alternativen zur Austerität gibt?



# Soziale Gerechtigkeit

## – auch nach Außen verteidigen

»Der Wunsch, das bedrohte Paradies Deutschland aufrechtzuerhalten, eint derzeit die politischen Lager.

Parteiübergreifend geben 81 % der Wähler an, dass **soziale Gerechtigkeit** das primäre Ziel der Bundesregierung sein sollte.

Und 78% der Wähler stimmen der Aussage zu, dass Deutschland in Europa stärker seine **eigenen Interessen** wahren sollte.

Und umgekehrt stimmen nur 37% der Wähler der Aussage zu, dass sich Deutschland in Zukunft stärker in die europäische Gemeinschaft integrieren sollte.

Es gibt allerdings große Unterschiede in den Vorstellungen der Wähler, wie der paradiesische Zustand langfristig erhalten werden kann und welches Bild Deutschland in Zukunft abgeben soll.«

(rheingold-Institut, 6.9.2013)



# Soziale Gerechtigkeit – zentraler Topos in D.

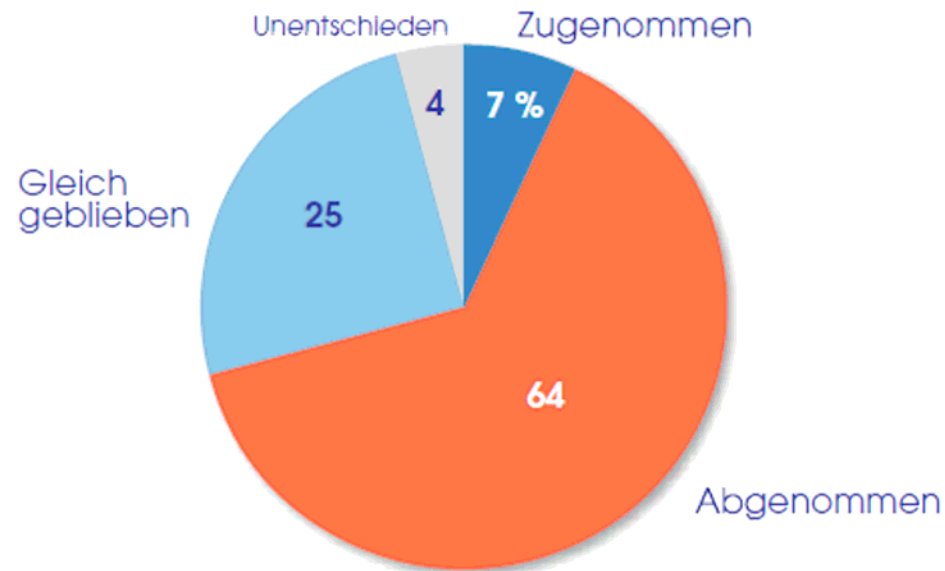
SCHUBERT 2

Krisen- und  
Gesellschafts-  
bewusstsein

Folie 17

## Breite Überzeugung: soziale Gerechtigkeit auf dem Rückzug

Frage: "Hat die soziale Gerechtigkeit bei uns in den letzten drei, vier Jahren zugenommen, abgenommen, oder ist sie gleich geblieben?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11001

© IfD-Allensbach

(Quelle: Institut für Demoskopie, repräsentative Befragung)

WISSEN



Transfer

wisstransfer.info

# Soziale Gerechtigkeit und Kapitalismuskritik

»Der Eindruck, es gebe immer mehr soziale Ungerechtigkeit, geht einher mit einem erheblichen Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der freien Wirtschaft (...).

Zwar erwiesen sich ›gute Güterversorgung‹ und ›Wohlstand‹ mit 68 bzw. 66% als die am häufigsten genannten Assoziationen zum Begriff ›Marktwirtschaft‹, doch dann folgten ›Gier‹ (56%), ›Rücksichtslosigkeit‹ (53%), ›Ausbeutung‹ (51%) und ›hohe Preise‹ (49%). Mit dem Begriff ›soziale Gerechtigkeit‹ verbanden die Marktwirtschaft gerade 12% der Befragten. ›Menschlichkeit‹ ordneten ihr nur 10% zu.«

(Institut für Demoskopie , repräsentative Befragung, 27.11.2013)



# Keine Große Erzählung über die Große Krise

Hauptursachen der Krise in der Euro-Zone -	2013 %
Die riskanten Geschäfte der Banken	84
Viele Mitgliedsländer haben über ihre Verhältnisse gelebt und zu hohe Schulden gemacht	82
Dass Länder in die Euro-Zone aufgenommen wurden, die die Anforderungen nicht erfüllt haben	75
Dass die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Ländern der Euro-Zone zu groß sind	71
Der Staat hat die Banken nicht ausreichend kontrolliert	68
Die Finanzmärkte haben zu großen Einfluss auf die Politik	53
Es fehlt eine zentrale Steuerung und Kontrolle der EU	35
Die Euro-Zone ist zu groß, hat zu viele Mitglieder	33
Dass es keine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedsländer gibt	32
Die gemeinsame Währung, der Euro	20
Die Politik der deutschen Regierung	11

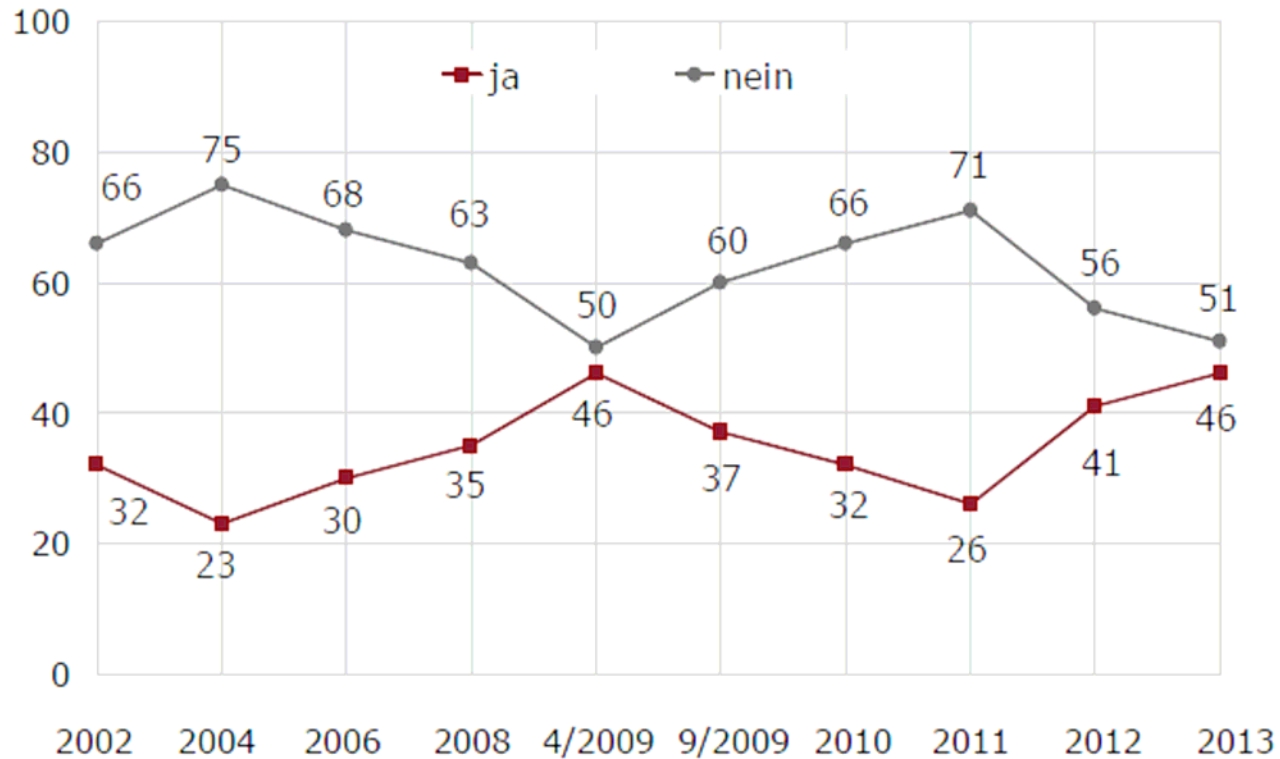
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10083 und 11013

© IfD-Allensbach

(Quelle: Institut für Demoskopie, repräsentative Befragung 10/11-2013)

# Soziale Gerechtigkeit = politische Umgestaltung

Ist die Politik in der Lage, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen?



(Quelle: Bankenverband Juli 2013, repräsentative Befragung)

# Sozial gespaltene Demokratie

**Durchschnittliche Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl im September 2013: 70%**

**In bürgerlichen Wahlkreisen Wahlbeteiligung von +80%.**

**Bei den prekären Bevölkerungsschichten – hohe Arbeitslosigkeit, geringes Einkommen, hoher Anteil von Sozialtransfers, Bildungsferne u.a. – ist die Wahlbeteiligung extrem niedrig (+/- 50%).**

**Die Kluft nimmt zu.**

**»Hinter der zunehmenden Ungleichheit der Wahlbeteiligung verbirgt sich eine soziale Spaltung der Wählerschaft.**

**Deutschland ist längst zu einer sozial gespaltenen Demokratie der oberen zwei Drittel unserer Gesellschaft geworden. Die Demokratie wird zu einer exklusiven Veranstaltung für Menschen aus den mittleren und oberen Sozialmilieus der Gesellschaft, während die sozial prekären Milieus deutlich unterrepräsentiert bleiben.«**

(Bertelsmann-Stiftung/MPIfG: Prekäre Wahlen, 2013)

# »Politiker kannst du vergessen«

**Staat und Politik kommen durchgängig sehr schlecht weg. Auf sie verschiebt sich die »adressatenlose Wut«. Politiker seien korrupt und der Staat generell machtlos.**

*»Die Politiker stellen sich nicht mit dem Gesicht zu den Leuten... Das ist alles so schon korrumpiert, das Geld hat schon so die Macht. ... Und solange sie das Geld haben, ändert sich da nichts. Ich sehe keine Änderungen.«*

*»Ob man das wirklich verhindern kann, die Krise ... Ich glaube nicht, dass der Staat die Macht hat in diesem kapitalistischen System. Das ist so. Nicht die Regierung, nicht Angela Merkel hat die Macht. Niemals.«*

**Die Politik erscheint nicht als Problemlöser, sondern als Teil des Problems. Das verstärkt beides: Wut und Ohnmacht.**

*» Und ich weiß nicht, wir wählen, wählen ... die Leute haben ja immer Erwartungen an die Politik, aber da ändert sich nichts. Da ändert sich gar nichts. Nein.«*



# Primat der Ökonomie über die Politik

**Genereller Tenor: Machtlosigkeit der politischen Akteure – Primat der Ökonomie über Politik:**

*»Das haben sie sich leider abnehmen lassen, das Primat. Das ist zwar frustrierend, aber das ist so«.*

**Entsprechend einseitig erfolgen politische Interventionen**

*»Die Politik lässt uns im Stich, und wie gesagt, durch die Löhne allein schon und durch diese kurzfristig Beschäftigten. Seitdem man das gemacht hat, das ist wie mit Zeitarbeit und Leiharbeit«*

**»Kleine Leute«, Gewerkschafter werden in Parteien nicht Wert geschätzt.  
Politik wird zu einem Teil der herrschenden Klasse**

**»Leben wir eigentlich noch in einer Demokratie?«**

*»Von vorne hört sich das so an, aber von hinten nicht. Wir sehen ja nur vor den Kulissen... Und hinter uns machen die ganz andere Sachen«.*

**Daraus erwächst z.T. Zustimmung zu nicht-demokratischen Formen politischer Herrschaft (technokratische Kabinette)**

# Der Staat der anderen

**Der Staat scheint von mächtigen Lobbyinteressen gekapert**

*»Die Politiker werden doch von den Unternehmern gesteuert.... Der Lobbyismus ist sehr stark in Berlin«.*

*»Ob das Schulen, die Kindergärten und sonstiges, es wird nichts gemacht... Wir zahlen trotzdem die Steuern... Das interessiert gar nicht«.*

**Demokratische Einflussnahme wäre denkbar, ist aber jenseits der Realität. Die Aufgaben des Staates werden auf Grundfunktionen zurückgeschraubt: Bildung, Mindestlohn, Entprekarisierung. Über Mindestfunktionen hinaus soll sich der (neoliberale) Staat »raushalten«**

*»Er sollte sich ganz raushalten... Weil Fakt war eigentlich in den letzten Jahren, dass der Staat mehr die Unternehmen unterstützt hat ...«*

**Der Staat ist nur noch sehr begrenzt Adressat lohnabhängiger Ansprüche. Damit scheint ein tiefer Widerspruch auf zwischen der erfahrbaren politisch-staatlichen Durchdringung des gesamten Lebens und einer Abwehrhaltung gegenüber staatlicher Intervention.**

**In den politisch regulierten Dienstleistungsfeldern stellt sich dieses Verhältnis z.T. weniger entfremdet dar.**



## Session 3:

### Arbeitspolitische Alternativen

### Dichotomisches Bewusstsein – Überwindung sozialer Spaltung

# Dichotomisches Bewusstsein

Krisenlasten und -opfer sind einseitig verteilt. Während sich »die Großen« schadlos halten, müssen »die kleinen Leute« die Suppe auslöffeln.

*»Die Krise wirkt sich immer auf den kleinen Menschen aus ... und nicht auf die Unternehmen, auf die Großen. Die werden Maßnahmen einleiten, um die Krise zu überstehen. Und dann geht es ja wiederum auf den Menschen, auf den normalen Mitarbeiter«*

*»Und dann, wo spart man wieder? An den kleinen Leuten, um die Unternehmen wieder vor der Krise zu schützen. ... wir werden hier dauerhaft eine Krise haben.«*

Krise nimmt damit auch Züge »machtpolitischen Inszenierung« an:

*»Auf der Krise wird natürlich herum geritten... , aber im Prinzip geht es nur darum am Jahresende, dass man recht viel Gewinne hat... Wo holen sie es her? Aber bei uns geht es nur noch über die Personalschiene«.*

Das schließt Defensive bis hin zu Erpressbarkeit ein:

*»Also bei uns sind die ganzen Arbeitsplätze gefährdet gewesen ... Wenn wir nicht nachgeben, da würde also praktisch unser Betrieb verlagert nach Tschechien*

**Keine Ideologie des »alle sitzen in einem Boot«**

# Systemerfahrung und adressatenlose Wut

## Deutliche Äußerungen der Wut ...

*»Ja, die Leute beißen auf die Zähne ...sie lassen sich nicht mehr alles gefallen. Es ist sehr emotional ... das geht nicht mehr lange gut, dann wird es aggressiver. Dann kommen die Aggressionen und dann will ich mir gar nicht ausmalen, was noch kommt ...«*

... aber Ratlosigkeit über Handlungsoptionen ➔ *Wut ohne konkreten Adressaten*

- ▶ Für die Befragten finden sich die »Schuldigen« nicht im Betrieb
- ▶ selbst die »ökonomisch Mächtigen« gelten weniger als eigenständigen Akteure, denn als Bestandteil des Systems

*»Unsere Manager, die wir vor Ort haben, das sind alles nur fax-abhängige Statisten. Die haben selber keine Entscheidungsgewalt. Mit denen zu verhandeln ist eigentlich müßig, weil die nichts entscheiden können.«*

# Wut, Angst und Ohnmacht statt Fatalismus

Tiefgehende (Ohnmachts-)Erfahrung hinsichtlich einer entfernten, unbeherrschten ökonomischen Dynamik

*»Was willst du denn machen? Du kannst doch eh nichts machen. Die Spielregeln werden woanders ... also die Töne werden woanders erzeugt. Und wir haben bloß mit der Resonanz zu leben. Das ist einfach so.«*

*»Also Proteste [im Betrieb] – wäre auch gar nicht möglich, weil gegen was willst du da protestieren?«*

➡ **»Hoffnungslose Unzufriedenheit«** statt Apathie und Fatalismus: Ohnmacht auf Grundlage durchaus realistischer Einschätzungen statt fatalistische Schicksalsergebenheit

➡ **Kritischer Realismus** und ausgeprägtes Bewusstsein vom systemischen Charakter der Krise statt Personifizierung und Psychologisierung

# Wut und Protestfantasien

»Adressatenlose Wut« wird vom Betrieb auf »Gesellschaft« und auf »Staat und Politik« verschoben ➡ ausgeprägte Widerstands- und Protestfantasien

*»Und da wir ja sehr dicht an der französischen Grenze sind, womöglich von der Mentalität her Franzose, dann könnte es womöglich sein, dass mal Lkw-Reifen vor der Tür brennen.«*

*»Aber wenn das so weitergeht, dann werden sich die irgendwann mal alle organisieren und dann wird es wirklich mal krachen. Und ob das dann noch ruhig abgeht, das bezweifle ich. Weil da hat sich mittlerweile schon so viel angestaut... Das steigert sich so langsam hoch, und dann kracht es, aber dann kracht es gewaltig.«*

*»...Ja, da müssten andere Aktionen stattfinden wie eine Maikundgebung oder so was, da müssten in Deutschland die Straßen zu sein. Zu. Eine Woche lang. Da müsste sich nichts bewegen, gar nichts. Aber der Deutsche ist sowieso geduldig. Der wartet ab. Und wenn es scheppert, dann scheppert es richtig.«*

# Aufschwung: ›permanente Krise‹ verschärft

Konzentration auf den Arbeitsmarkt ist falsche Engführung. Erweiterung des Krisenbegriffs: neben ökonomischem Einbruch steht die Erfahrung einer **permanenten Krise**

Während in der ökonomischen Krisenphase die Arbeits**platz**gefährdung virulent ist, steht im Aufschwung und in der Langfristperspektive die Arbeits**kraft**gefährdung im Vordergrund

Verkürzte Taktzeiten (verschärfte Arbeitsteilung, Retaylorisierung)

*»Also wir hatten vorher Taktzeiten von 72-68 Sekunden... Jetzt sind wir bei 62 Sekunden... Wir bekommen dieses Jahr ein neues Fertigungsband... Da sollen dann Fertigungszeiten von unter 60 Sekunden gefahren werden«.*

Termindruck (indirekte Steuerung, Flexibilisierung)

*»Bei uns ist die Situation, dass ökonomisch der Betrieb floriert. Gleichzeitig wächst der Druck. Also Druck auf die Menge der Arbeit, Termine, und das mit weniger Arbeit hinzukriegen«.*

*»Das Problem ... ist einfach diese flexiblen Sprünge der Kundenabrufe... heute steht da, die brauchen 1.000 Lenksäulen..., dann wird alles geplant ... und auf einmal stehen da entweder nur noch 300 oder 2.000.«*

# Solidaritätspotenziale statt sektorale Spaltung

## Ähnliche Rationalisierungspfade im Dienstleistungssektor: Personalpolitik der untersten Linie und Prekarität

*»Das ist vor 8 Jahren gewesen, dass ich da angefangen hatte. Da hatten wir eine Frühdienst-Besetzung von 6 Voll-Kräften und 4 im Spätdienst... Und inzwischen arbeiten wir zu zweit, zu dritt... Gleiche Patienten und Zimmeranzahl... Da ist dann vielleicht noch eine Praktikantin dabei oder eine Schülerin, aber im Endeffekt, dann senken sie die Fachquote«.*

- ➔ **Vergleich Industrie/soziale Dienste: unterschiedliche Qualität von Arbeitsplatzgefährdung, Entlohnung und Arbeitsverhältnissen, aber hinsichtlich der arbeitspolitischen Zumutungen keine sektoralen Gegensätze zu Industriearbeit**
- ➔ **»Krise« erscheint bei den Beschäftigten in sozialen Diensten mehr als machtpolitische Legitimationsformel. Der entscheidende Unterschied zur Industrie besteht darin, dass Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und Entlohnung durch *das Entscheidungsportal der Politik* gehen.**

# Leiharbeit: Entschärfung der Spaltung?

Leiharbeit war 2008-2012 zentrales Instrument externer Flexibilisierung. Beschäftigungspolitische Krisenfolgen wurden durch Entlassung der Leiharbeiter entschärft. 2012: geschärftes Bewusstsein, dass regulativ gegen Leiharbeit vorgegangen werden muss.

*»Nein, das ist eher so, dass die, die unbefristet beschäftigt sind, eher sagen: Du Arme, oder ich finde es nicht in Ordnung, dass du befristet da bist«.*

Verhandlungen nicht nur zur Begrenzung von Leiharbeit und für Equal Pay, sondern auch zur Angleichung der Arbeitsbedingungen. Hintergrund: Leiharbeit etc. wird als betriebliches Herrschaftsinstrument erfahren, das in einigen Bereichen Dimensionen angenommen hat, die auch die Leistungs- und Entlohnungsbedingungen der Stammbeschäftigten bedrohen.

*»Ich weiß gar nicht, wie viel Sorten Mäuse an Bord, sage ich immer.«  
(Altbeschäftigte, Haustarif II, Leiharbeit, Fremdbeschäftigte etc.)*

*»Die Krankenhäuser haben Tochtergesellschaften gegründet, die nicht tarifgebunden sind... Haben da Beschäftigte eingestellt, haben sie ans Mutterunternehmen verliehen zu schlechteren Löhnen«.*

- Politisierung prekärer Beschäftigung
- Entschärfung »fraktaler« Interessenvertretung



# Gewerkschaft: zu wenig Aufklärung in der Krise

## Hohe Verunsicherung durch die Intransparenz der Krise

*»... viele Leute, die in der Gewerkschaft sind, von denen ich das gar nicht wusste, die kamen dann auf einmal und sagten: Du bist doch unser Vertrauensmann, erzähl mal. Ich hätte also jeden Tag ohne Probleme ein, zwei Stunden länger machen können. ... Was ist passiert? Warum bauen wir jetzt so wenig Getriebe? Was hat das mit uns zu tun, wenn die in Amerika ihre Häuser nicht mehr verkauft bekommen? ... Und den Leuten hat einfach der Zusammenhang gefehlt.«*

## Unzufriedenheit mit der Gewerkschaft als aufklärende, deutende Institution in der aktuellen Krisensituation

*»...dieses ganze Schlamassel – angebliche Schlamassel, das wir haben. Und wie kommen wir wieder raus? Und da vermisse ich ein bisschen mehr Aufklärungsarbeit ... von unserer Gewerkschaft, dass man vor Ort hinget und sagt: Passt auf, vier Samstag Vertrauensleute: Aufklärung. Weil nur so kriege ich eine Botschaft in den Betrieb auch rein.«*

# Gewerkschaft: »muss politischer werden«

Gewerkschaften sollen sich stärker politisch engagieren und entschiedener Protest artikulieren,

*»...die Gewerkschaft muss politischer werden. Auf jeden Fall politischer und radikaler. Damit wir wieder mehr Gewicht haben und solche Leute wie Westerwelle und Merkel auch mal die Stirn bieten können.«*

und sie muss mehr mobilisieren.

*»Das Einzige was sie hätten machen, ist meiner Meinung, dass sie da mehr Leute auf die Straße hätten treiben können. Leute, kommt, wir zeigen Stärke. Und wir sagen, das kann nicht so weitergehen.«*

Aber auch Selbstkritik:

*»Aber damals hätte man wirklich – da muss sich jeder von uns an die eigene Nase fassen – da hätten wir eben selbst aktiv werden müssen, und unsere Anregungen, Kritiken weitergeben bis nach oben. Dann hätte das auch funktioniert. Wenn alle nur immer warten, die Gewerkschaft ist mein Service - Dienstleister, dann funktioniert das nicht.«*

## »Wir können uns wehren ...«

*»... die mächtigen Leute meinen ja, die kleine Bevölkerung wäre doof, die hätten keinen Grips, die wüssten ja nichts. Die sind einfach nur doof. Dann geben sie den Kleinen so ein bisschen Feuer, dann kriegen die Angst und fertig. Das ist aber nicht so. Wir wissen, was da passiert. Wir wissen auch, was die Politiker da reden, wir wissen auch, was in der Weltgeschichte passiert. Wir nehmen das schon auf und sagen: Nein, so wollen wir das nicht«*

Der Gedanke des großen politischen Streiks spielt eine zentrale Rolle als Ansatzpunkt, die politischen Verhältnisse in Bewegung zu bringen:

*»Ja, an dem Tag geht in Deutschland nichts mehr. Und wenn dann ...noch die Ärzte anfangen zu streiken, dann sagt man sich, die Industrie steht, die Bahn steht, Krankenhäuser stehen. Das wäre ein Schock für die [Politiker]. Das wäre das erste Mal ...das wäre das Einzigste, wo sie vielleicht dann mal aufwachen würden«*

Ein anderer Ansatzpunkt geht auf den Ausgangspunkt der Gewerkschaft zurück: kollektive Aufhebung der Konkurrenz. Dies müsse auf europäischer Ebene wie Einzelgewerkschaften übergreifend erfolgen:

*»Die Zukunftsvision von mir selber wäre auf europäischer Ebene, dass Gewerkschaften mehr miteinander kommunizieren. Dass das Bündnis auch stärker wird. Schlagkräftiger... «*

# A Marshall Plan For Europe

**Proposal by the German Trade Union Council DGB for an economic stimulus, investment and development programme for Europe**

**Investments in:**

- **European turnaround in energy policy**
- **low-emission cities and municipalities**
- **sustainable industries and public services**
- **training and education**
- **research and development**
- **modern transport infrastructure**

**This will lead to a stronger and bigger private sector**

**260 bn. Euro per year (= 2% of EU-GDP) for a period of ten years financed by an European Future Fund issuing New-Deal Bonds – its costs funded by Financial Transaction Tax (75-100 bn Euro).**

**The capital of the fund (as a first class debtor) will be collected by a once off 3% tax on private assets over 500.000 Euro (in Germany = 50-70 bn Euro in total; all over Europe = 200-250 bn). Controlled by the European Parliament.**

**Outcome:**

- **additional 3% GDP growth**
- **additional 9-11 million full time jobs**

# The perspective:

## Solidarity-Based Economy

**Economic Democracy as a new approach to deal with the surplus value for the benefit of all members in society**



# Quellen

**Bankenverband: Wirtschaftsstandort Deutschland 2013. Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen im Auftrag des Bankenverbands, 3. Juli 2013.**

**Richard Detje/Wolfgang Menz/Sarah Nies/Dieter Sauer: Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht der Betroffenen. Hamburg 2011**

**Richard Detje/Wolfgang Menz/Sarah Nies/Dieter Sauer/Joachim Bischoff: Krisenerfahrungen und Politik. Zwischen Betriebsalltag und Systemkritik – empirische Befunde. Hamburg 2013**

**Klaus Dörre/Anja Happ/Ingo Matuschek (Hrsg.): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben. Hamburg 2013**

**Gallup: Debating Europe Poll, Spring/Summer 2013**

**Institut für Demoskopie Allensbach: Stille Liebe zur Planwirtschaft, 27.11.2013**

**Institut für Demoskopie Allensbach: Entspannter Fatalismus, 17.10.2012**

**Institut für Demoskopie Allensbach: Banken in der öffentlichen Wahrnehmung, Okt./Nov. 2013**

**Rheingold-Institut: Bundestagswahl 2013: Das bedrohte Paradies, 6.9.2013**